



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 92 - Plenarwoche 19. - 23. April 2010

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen:

Die Aschewolke aus Island hatte auch Auswirkungen auf das Europäische Parlament (EP). Die Konferenz der Präsidenten entschied am Montagnachmittag, alle für die Plenartagung sowie in den Ausschüssen vorgesehenen Abstimmungen auf die Kurzplenartagung am 5. und 6. Mai in Brüssel zu verschieben. Der Grund hierfür findet sich in der naturkatastrophenbedingten Abwesenheit von circa einem Drittel der Mitglieder des EPs. Da das Recht des EPs so hoch steht, dass eine Abstimmung ohne die fehlenden Mitglieder demokratisch betrachtet nicht tragfähig gewesen wäre, entschloss sich das EP dazu, stattdessen die angesetzten Themen und andere wichtige Belange zu diskutieren. Spontan auf die Tagesordnung gesetzt wurde daher auch die Aussprache zwischen EP, Rat und Kommission zur Unterbrechung des Flugverkehrs.

II. Das Europäische Parlament hat sich u.a. mit folgenden Themen beschäftigt:

1. Erklärungen des Rates und der Kommission zur Unterbrechung des Flugverkehrs in Europa

In der kurzfristig angesetzten Aussprache am Dienstag kündigte Verkehrskommissar Siim Kallas vor dem EP an, dass die EU-Kommission in der kommenden Woche einen Bericht über die wirtschaftlichen Folgen des Flugverbots nach dem Vulkanausbruch in Island vorlegen will. Unter seiner Leitung wurde eine Task Force eingerichtet, zu der auch Wirtschaftskommissar Olli Rehn und Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia gehören. Bislang liegen keine Beihilfeanträge der Mitgliedstaaten für Fluggesellschaften vor.

In der Aussprache äusserten viele Abgeordneten die Kritik, auf europäischer Ebene sei viel zu spät auf das Verkehrschaos reagiert worden. Dies wies Kallas zurück, da es sich beim Luftraum um eine nationale Zuständigkeit handele, der nicht Ziel von Anordnungen durch die Kommission sei. Auch hätten genaue Angaben zu der Aschewolke erst am Sonntag vorgelegen.

Die CDU/CDU-Gruppe im EP betonte, dass von Krisenmanagement keine Rede sein könne, wenn sich die Verkehrsminister erst fünf Tage nach Auftreten der Aschewolke (am Montag) auf einer Telefonkonferenz absprächen.

In der kurzfristig angesetzten Plenardebatte zum Thema erklärten einige Redner, es habe sich gezeigt, dass es falsch gewesen sei, den Schienenverkehr zu vernachlässigen. Europa müsse weniger abhängig vom Flugverkehr werden. Zudem wurden Forderungen nach einer Versicherungspflicht der Airlines für die Folgen von Flugverböten sowie nach koordinierter Hilfe für gestrandete Passagiere laut. Für den EU-Ratsvorsitz Spanien erklärte Europaminister Diego Lopez Garrido, ein Ziel der EU im 21. Jahrhundert müsse der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sein.

2. Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010

Kommissionspräsident José Manuel Barroso stellte das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 vor, das die in den politischen Leitlinien festgelegten Prioritäten in konkrete Maßnahmen umsetzen soll. Das Programm stützt sich auf die Umsetzung der Europa 2020 Strategie, auf die Rechte und die Sicherheit der europäischen Bürger, sowie auf die Stärkung der Rolle Europas auf der Weltbühne.

Die Kommission verpflichtete sich zur jährlichen Aktualisierung des Arbeitsprogramms und will dadurch für eventuelle neue Initiativen flexibel bleiben. Schlägt die Kommission Initiativen mit erheblichen Auswirkungen vor, soll eine Folgenabschätzung beigefügt werden. Sie will außerdem den anderen Institutionen Bericht über die Durchführung des Arbeitsprogramms erstatten und einen Überblick über die bis zum Ende eines jeden Jahres geplanten Initiativen geben.

Für Niedersachsen wichtige Inhalte des Kommissionsprogramms sind unter anderem das Folgeprogramm der Gemeinsamen Agrarpolitik (das jetzige läuft 2013 aus), die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik, Vorschläge für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen, Implementierung der Entsenderichtlinie, einen Legislativvorschlag zu einem Europäischen Sozialfonds, eine Initiative zu GMO-Anbau in den Mitgliedstaaten, die Überarbeitung der Datenspeicherungs-Richtlinie, Vorschläge für das 8. Forschungsrahmenprogramm (2014-2020) sowie die Revision der TEN-T-Guidelines (Transeuropäische Netze).

3. Europäisches Parlament verlangt besseren Schutz für Fluggastdaten

Das Abkommen zur Fluggastdatenspeicherung der Europäischen Union mit den USA und Australien entspricht nicht den europäischen Vorstellungen von Datenschutz. Deshalb sprach sich die CDU/CSU-Gruppe im EP bei der Debatte im Plenum dafür aus, die Europäische Kommission aufzufordern, die Abkommen nachzuverhandeln, um darin höhere Datenschutzbestimmungen zu verankern.

Der CDU Abgeordnete und Berichterstatter Axel Voss aus NRW betonte, dass nur mit Abkommen, die europäische Datenschutzbestimmungen als Grundlage nehmen, dem Bedürfnis der europäischen Bürger nach einem ausgewogenen Verhältnis von Schutz der persönlichen Daten und Bekämpfung des weltweiten Terrorismus, Rechnung getragen werden kann. Da derzeit immer mehr Staaten die so genannten "Daten" anfordern, empfiehlt die CDU/CSU-Gruppe, möglichst schnell ein einheitliches Daten-Grundmodell zu entwickeln, um so die Vertragsverhandlungen in der Zukunft einfacher zu gestalten.

Die deutschen Christdemokraten hoffen, bereits im Herbst über die überarbeiteten Abkommen abstimmen zu können. Die Europäische Kommission, aber auch die USA und Australien, zeigen sich diesem Vorgehen und neuen Verhandlungen gegenüber offen.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen
- Gipfel EU-Kanada
- Kirgisistan
- Strategie der EU für die Beziehungen zu Lateinamerika
- Vereinfachung der Bestimmungen von EFRE, ESF und Kohäsionsfonds
- Mündliche Anfrage zum Verbot des Zyanideinsatzes in der Bergbautechnik
- Gemeinsame Aussprache: Entlastung 2008
- Erklärungen des Rates und der Kommission zu SWIFT

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de